

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DIE MASSLOSEN

ATOM- UND ENERGIEINITIATIVEN

Presseausschuss, Postfach 1759, 3001 Bern, Tel 031/44 23 64

An die Redaktionen der
Medien der deutschen und
rätoromanischen Schweiz

Bern, 27. Juni 1984 AS/flo

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 23. September haben die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Atom- und Energieinitiative abzustimmen. Um diese beiden Volksbegehren zu bekämpfen, hat sich in Bern ein "Schweizerisches Aktionskomitee gegen die masslosen Atom- und Energieinitiativen" gebildet, weil mit den beiden Volksbegehren nicht nur energiepolitische sondern auch planwirtschaftliche und gesellschaftspolitische Ziele anvisiert werden.

Unter dem Vorsitz von CVP-Presschef Dr. Peter Frei wird sich ein Presseausschuss bemühen, Ihnen in den kommenden Wochen mit Informationen und Hintergrundberichten die Aufklärungsarbeit über die beiden auf einen Energieengpass angelegten Volksbegehren zu erleichtern. Ein wöchentlich erscheinender Pressedienst wird zu diesem Zwecke die verschiedenen Aspekte bis zur Abstimmung zu beleuchten versuchen.

In der ersten Ausgabe finden Sie das Gründungscommuniqué des Abstimmungskomitees mit dem Präsidium des Patronatskomitees und zwei Artikel, die das Abstimmungsthema grundsätzlich darstellen. Von Mitte Juli an werden wir uns bemühen, jeweils mindestens einen von einem Parlamentarier gezeichneten Artikel beizulegen. Selbstverständlich sind wir auch bereit, Ihnen Exklusivbeiträge von Politikern und Fachleuten Ihres Einzugsbereichs zu vermitteln. Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.

Indem wir Ihnen für Ihre Mitarbeit danken, verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

SCHWEIZ. AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE MASSLOSEN
ATOM- UND ENERGIEINITIATIVEN
i.A. des Pressechefs Dr. Frei

A. Stadelmann
(Anton Stadelmann)

Beilagen erwähnt

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DIE

DIE MASSLOSEN ATOM- UND ENERGIEINITIATIVEN

pd. In Bern hat sich ein überparteiliches schweizerisches Aktionkomitee gegen die masslosen Atom- und Energieinitiativen gebildet. Das Komitee wendet sich gegen die Atomverbots-Initiative Nr. 2 und die Energierationierungs-Initiative, über die Volk und Stände am 23. September 1984 in der eidgenössischen Volksabstimmung zu befinden haben werden. Das Patronatskomitee wird präsiert von Ständerat Peter Knüsel (FDP/LU). Als Vizepräsidenten gehören ihm an: Ständerat Dr. Julius Binder (CVP/AG), Nationalrat Pierre de Chastonay (CVP/VS), Nationalrat Pascal Couchepin (FDP/VS), Nationalrat Theo Fischer (SVP/AG), Nationalrat François Jeanneret (Lib./NE), Ständerat Dr. Jakob Schönenberger (CVP/SG), Ständerat Jakob Stucki (SVP/ZH), Nationalrat Dr. Georg Stucky (FDP/ZG).

Die beiden Volksinitiativen sind nach Auffassung des Komitees klar abzulehnen. Es werden mit ihnen zwar energiepolitische, in Tat und Wahrheit aber auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele angesteuert. Der Verzicht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie mit dem Verbot, auslaufende Werke zu ersetzen und neue Werke zu bauen, ruft einen Energieengpass hervor, der durch alternative Energie und Sparmassnahmen nicht überbrückt werden kann. Eine derartige Mangellage führt zu einer Abwanderung von Betrieben ins Ausland und damit direkt zu einer massiven Gefährdung von Arbeitsplätzen in der Schweiz. Mit der verlangten Energiesteuer soll die Energie zusätzlich verteuert werden, das würde sowohl den Einzelnen wie auch die Wirtschaft als ganze treffen. Die Initiativen würden den Staatsapparat unverhältnismässig aufblähen, insbesondere durch das vorgesehene System von Steuern und Streusubventionen. Der Staat würde künftig festlegen, welche Bedürfnisse des Einzelnen berechtigt und damit zu befriedigen

und welche unberechtigt und damit einer Sondersteuer zu unterwerfen sind. Zahllose Vorschriften, welche Bund und Kantone zu erlassen hätten, würden Wirtschaft wie den Einzelnen treffen. Die Initiative trägt schliesslich der Tatsache in keiner Weise Rechnung, dass die Kernenergie als umweltfreundlich bezeichnet werden kann. Das schweizerische Aktionskomitee lehnt deshalb die Atomstopp-Initiative Nr. 2 und die Energierationierungs-Initiative in Uebereinstimmung mit Bundesrat und grosser Parlamentsmehrheit entschieden ab.

STROM BRAUCHEN WIR AUCH MORGEN

Prognosen erwarten weitere Zunahme

Der Elektrizitätsverbrauch in der Schweiz steigt stetig. Auch im vergangenen Jahr ergab sich, trotz der wirtschaftlichen Stagnation, eine deutliche Steigerung der Zuwachsrates. Während diese 1982 nur 1,5 Prozent betragen hatte, verdoppelte sie sich 1983 auf 3,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Diese Tatsache steht im krassen Widerspruch zu den Stellungnahmen jener politischen und ökologischen Kreise, die aufgrund der Entwicklung im Jahre 1982 bereits eine Trendwende sahen und diese als Rechtfertigung ihrer ideologischen und gegen die Kernkraft gerichteten Konstruktionen angekündigt hatten.

Die Zahlen für das vergangene Jahr sprechen eine unmissverständliche Sprache: Der Endverbrauch von Strom stieg von 36,7 auf 37,9 Mrd Kilowattstunden. Aber das letzte Jahr war keine Ausnahme. In den letzten sieben Jahren (1976-83) betrug die durchschnittliche jährliche Stromverbrauchszunahme 3,5 Prozent. Eine Zahl, die von den Kritikern und Gegnern der schweizerischen Elektrizitätspolitik in den letzten Jahren immer wieder - und auch heute noch - in Frage gestellt wurde, obwohl sie sich genau mit den Prognosen des 1979 erstellten sogenannten "6. Zehn-Werke-Berichts der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft" deckt.

"Sünder": Die Haushalte

Noch vor einem halben Jahr frohlockten (voreilig) die Gegner der schweizerischen Elektrizitätspolitik. Die (gemeinsamen) Initiativkomitees für die am 23. September zur Abstimmung gelangenden Energie- und Atom-Initiativen schrieben: "Der Bürger hat die Abstimmung an der Steckdose bereits vollzogen: Die Haushalte allein (im Winter 82/83) benötigten 2,6 Prozent weniger Elektrizität".

Nun, die neusten Zahlen sind deutlich: Bezogen auf das ganze Jahr war die Stromverbrauchszunahme in den Haushalten - wie im übrigen auch in den Vorjahren - überdurchschnittlich. 1983 stieg der Haushaltverbrauch um 4,8 Prozent. Dieser Sektor lag damit bei der Gesamtenergiezunahme an der Spitze. Auf dem zweiten Platz folgen - mit nur geringem Abstand - die Sektoren Gewerbe,

Dienstleistungen und Landwirtschaft. In diesen Bereichen betrug die Steigerung 4,7 Prozent.

Rezession nicht ohne Folgen

Nicht ohne Konsequenzen auf den Stromverbrauch blieb die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Im vergangenen Jahr wurde im Sektor Industrie nur 1 Prozent mehr Strom verbraucht. In diesem Wachstum drückt sich die gedämpfte Wirtschaftslage aus. Immerhin (oder gerade deshalb?) stellt sich die Frage, welche Stromzunahmen zu verzeichnen gewesen wären, wenn unsere Wirtschaft auf vollen Touren (geschweige denn Hochkonjunktur-Touren) gefahren wäre? Dies vor allem auch mit Blick auf die längerfristige Zukunft, wo etwa die Prognosen der OECD, die als seriös gelten, doch deutliche Aufhellungen am Konjunkturhorizont erwarten lassen.

Die Schweiz braucht Strom

Die jüngste Vergangenheit hat es gezeigt: Unser Land braucht Strom. Und es braucht immer mehr Strom, wenn wir unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze erhalten wollen. Dazu gehört, dass alle Bestrebungen unterstützt werden müssen, die uns von der übertrieben starken einseitigen Bindung an das Erdöl lösen. Die Politik des Bundesrates geht denn auch in dieser Richtung. Sie lautet "Sparen, Substituieren, Forschen". Dazu gehört die Förderung der Elektrizität. Denn Strom brauchen wir auch morgen - und immer mehr.

Peter Müller

Energiepolitik auf Abwegen

Am 23. September hat das Schweizervolk zu zwei Volksbegehren im Energiebereich Stellung zu nehmen. Es handelt sich um die "Eidgenössische Volksinitiative für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" und die "Eidgenössische Volksinitiative für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung". Bundesrat und Parlament empfehlen die beiden Volksbegehren zur Ablehnung, da ihre Auswirkungen die Energieversorgung der Schweiz schwer gefährden würden und eine vernünftige Energiepolitik nicht mehr möglich wäre.

Würde die Atominitiative angenommen, so dürfte in der Schweiz nach Leibstadt kein weiteres Kernkraftwerk mehr gebaut und die bereits bestehenden Anlagen (Beznau, Mühleberg, Gösigen und Leibstadt) dürften nicht mehr ersetzt werden. Es handelt sich bei diesem Volksbegehren, wie bereits im Jahre 1979 um eine Atomverbotsinitiative, die dem Volk zum Entscheid vorgelegt wird. Würde nämlich die Initiative angenommen, müsste künftig der gesamte Stromzuwachs vom Zeitpunkt der Ausserbetriebnahme der fünf bestehenden Kernkraftwerke an, dannzumal 40 bis 45 Prozent des Strombedarfs, aus andern Quellen als aus Atomkraftwerken gedeckt werden. Aus welchen? Die Folge wäre wohl, dass nach dem Jahre 2000 eine massive Verknappung der Stromproduktion eintreten würde.

Da auch den Initianten klar war, dass diese Lage für die Schweiz - bei allem Vertrauen in die weit überschätzten Alternativenenergien - wenig komfortabel wäre, haben sie gleichzeitig mit der Atominitiative die sogenannte Energieinitiative gestartet. Sie soll mit rigorosen Sparmassnahmen und staatlichen Eingriffen dafür sorgen, dass es in der Schweiz keinen zusätzlichen Strom mehr braucht. Die Energieinitiative darf denn auch mit Fug und Recht als Energierationierungsinitiative bezeichnet werden, die mit der Atomverbotsinitiative zusammen siamesische Zwillinge bilden, welche man mit Vorteil aus der schweizerischen Energiepolitik heraushält.

Unnötige Risiken dürften bei der volkswirtschaftlich lebenswichtigen Elektrizitätsversorgung nicht in Kauf genommen werden, schreibt der Bundesrat in seiner Botschaft. Deshalb

sei die Atomverbotsinitiative abzulehnen. Aber auch die Energierationierungsinitiative entpuppt sich nur in ihrem Titel "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" als wertvoll. Im weiteren Text lässt sie erkennen, dass sie im Grunde ebenfalls eine "Anti-Kernkraftwerk"- und "Anti-Elektrizitäts"-Initiative ist, ein trojanisches Pferd also, das uns grundlegende Änderungen in der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur bringen soll.

Würde diese Initiative nämlich angenommen, würden in den folgenden Jahren grössere Umschichtungen aufgrund sehr weitgehender staatlicher Interventionen (Energiesteuer) stattfinden. Der Einsatz der Energieressourcen würde dann weniger nach wirtschaftlichen Kriterien möglich sein, als ohne Initiative. Dadurch würden höhere Energiekosten entstehen und im Gefolge weniger Produktionsfortschritte. Die ohnehin schon gespannte Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland würde weiter verschlechtert.

Die Folgen aus diesem Vorgang sind klar. Schlechterer Beschäftigungsgrad und Abbau des Lebensstandards. Aber nicht genug damit: es würde ohne Zweifel auch eine Verschiebung von Produktionsstätten ins Ausland stattfinden, wo Energie kostengünstiger und in genügendem Ausmasse vorhanden wäre. Keine Freude dürften die Stromkonsumenten auch an der Ausbreitung des Staatsapparates und der Bürokratie haben, oder an der grösseren Steuerbelastung und den laufend auftretenden Versorgungsengpässen im Energiebereich, verbunden mit einer scharfen Stromrationierung. Das Hauptziel der Initianten ist weder die Versorgungssicherheit noch die Sparsamkeit oder Umweltfreundlichkeit unserer Energieversorgung. Vielmehr will man hier wieder einmal den Bürger vor den Karren einer fragwürdigen Lebensphilosophie - small is beautiful - und damit auch einer Systemveränderung spannen. Diesem unrealistischen Wunschdenken gebührt eine triftige Absage, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, uns den Ast, auf dem wir jetzt noch recht komfortabel sitzen, selbst abzusägen.

Anton Stadelmann